

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer, Dr. Heinz Riesenhuber, Nadine Schön (St. Wendel), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Martin Lindner (Berlin), Claudia Bögel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 17/11859 –

Innovationen stärken und Lust auf Technik wecken

A. Problem

Verbesserung der Rahmenbedingungen für Innovationen und stärkere Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen zur Schaffung von zusätzlichen Forschungsimpulsen.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Keine.

D. Weitere Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/11859 anzunehmen.

Berlin, den 16. Januar 2013

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ernst Hinsken
Vorsitzender

Werner Dreibus
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Werner Dreibus

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/11859** wurde in der 214. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Dezember 2012 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP zielt darauf ab, den deutschen Technologievorsprung auf den Weltmärkten zu sichern. Noch mehr Unternehmen sollten an die Forschung herangeführt werden, um eine größere Breitenwirkung der Forschung zu erreichen. Die in Deutschland ansässigen über 30 000 forschenden und mehr als 110 000 innovativen Unternehmen hätten wesentlich dazu beigetragen, dass sich die deutsche Wirtschaft trotz Staatsschuldenkrise und eines wirtschaftlich zunehmend schwierigen Umfeldes positiv entwickelt habe. Besonders junge Technologieunternehmen und innovative Mittelständler sicherten sich vielfach Spitzenpositionen auf den Weltmärkten. Sie seien neben exzellenten Hochschulen und Forschungsinstituten unverzichtbare Stützpfeiler der Innovationslandschaft und zudem wichtige Treiber des technologischen Fortschritts. Die Aufgeschlossenheit für neue Technologien sei daher Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung im Land. Innovationen und technische Produkte könnten sich nur dann verbreiten, wenn sie nicht vorschnell abgelehnt beziehungsweise durch gesetzliche Regelungen von vornherein verhindert oder massiv erschwert würden.

Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP fordern die Bundesregierung unter anderem auf, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel als dritte Säule zusätzlich zu der Projektförderung und der institutionellen Förderung eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung beziehungsweise einen Forschungsbonus einzuführen. Alle Haushaltsspielräume sollten ausgeschöpft werden, um international attraktive Rahmenbedingungen für privates Wagniskapital in Deutschland zu schaffen und so die Gründung und das Wachstum von Hightech-Unternehmen zu unterstützen. Zudem sollten Wissenschaft und Wirtschaft im Rahmen der Fachprogramme der Forschungsförderung zu Schlüsselthemen des technologischen Wandels zusammengeführt werden. Weiterhin wird die Bundesregierung dazu aufgefordert, Kinder und Jugendliche mit geeigneten Maßnahmen verstärkt an Natur- und Ingenieurwissenschaften heranzuführen und dafür Sorge zu tragen, dass auch in Zukunft hochqualifizierte Fachkräfte in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 17/11859 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11859 in seiner 122. Sitzung am 16. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11859 in seiner 112. Sitzung am 16. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/11859 in seiner 120. Sitzung am 16. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 17/11859 in seiner 84. Sitzung am 16. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/11859 in seiner 87. Sitzung am 16. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 17/11859 in seiner 91. Sitzung am 16. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/11859 in seiner 80. Sitzung am 16. Januar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 17/11859 in seiner 89. Sitzung am 16. Januar 2013 abschließend beraten.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und FDP** betonten, dass im Bundeshaushalt 2013 so viele Mittel für Forschung bereitstünden wie nie zuvor. Eine Vielzahl von Programmen bezögen sich auf den innovativen Mittelstand. Durch die Fortschreibung des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM) gebe es erfreuliche Fortschritte, ebenso bei der Cluster-Strategie. Es gelte nun, attraktive Rahmenbedingungen für Wagniskapital zu schaffen. Ferner müssten die steu-

erlichen Rahmenbedingungen verbessert werden, um insoweit auf Augenhöhe mit anderen Ländern zu kommen. Die steuerliche Forschungsförderung als eine Art Forschungsbonus müsse vorangebracht werden, sobald es die Haushaltslage erlaube. Verwiesen wurde weiterhin auf den neuen Investitionszuschuss für Business Angels. Es sei eine wichtige Aufgabe, der Bevölkerung die Bedeutung von Technologie als Voraussetzung für wirtschaftliche Stärke näher zu bringen. Es müsse deutlich dafür geworben werden, dass insbesondere Frauen das Ergreifen technischer Berufe als Chance begriffen. Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP verwiesen darauf, dass abweichend vom Wortlaut des Antrags Deutschland mittlerweile gemeinsam mit China bei der jährlichen Ausfuhr von Technologieprodukten weltweit an der Spitze liege. Die Konkurrenz hole folglich auf, sodass ein Nachlassen nicht eintreten dürfe. Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP verwiesen in Ergänzung des Wortlauts des Antrags darauf, dass der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt zwischenzeitlich auf 2,88 Prozent gesteigert worden sei.

Die **Fraktion der SPD** betonte die besondere Bedeutung des Mittelstands für das gute Bestehen Deutschlands in der Krise. Es sei wichtig, innovative Unternehmen durch eine steuerliche Forschungsförderung zu unterstützen, was bis dato aber leider nicht geschehen sei. Auch beim Thema Wagniskapital gebe es Handlungsbedarf. Zur Gründungsförderung gebe es im Antrag richtige Ansätze. Die gesetzten Ziele beim Bürokratieabbau seien hingegen noch nicht erreicht worden. Man teile viele der im Antrag aufgestellten Forde-

rungen, werde sich aber unter anderem deshalb enthalten, weil die Finanzierungsmöglichkeiten der Forderungen nicht geklärt seien.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, dass der Erfolg Deutschlands auf den Weltmärkten nicht der Politik der Bundesregierung zuzuschreiben sei, sondern dem Fleiß und der Innovationskraft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der forschenden Unternehmen. Im Antrag werde lediglich das bekräftigt, was sich die Bundesregierung bereits zu Anfang der laufenden Legislaturperiode vorgenommen habe. Soweit neue Forderungen aufgestellt würden, seien diese nicht mit Haushaltsmitteln unterlegt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** forderte, den Innovationsbegriff weiter zu fassen. Die Entwicklung von der Produkt- hin zu einer Prozessinnovation finde sich im Antrag nicht wieder. Auch komme dort die Energiewende zu kurz, die Deutschland erhebliche Chancen hinsichtlich Innovation und Technologieführerschaft biete. Der Ansatz der steuerlichen Forschungsförderung sowie eine Verbesserung des Zugangs zu Wagniskapital seien sinnvoll. Es fehle der Bundesregierung bei der Innovationsförderung an einer klaren Priorisierung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags auf Drucksache 17/11859 zu empfehlen.

Berlin, den 16. Januar 2013

Werner Dreibus
Berichterstatter